

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Gerd Walter MdEP erklärt Ecevits Schicksal zum Prüfstein für Kohls Glaubwürdigkeit: Assoziationsrat EG-Türkei absagen.

Seite 1

Dietmar Franzke MdL hinterfragt neue Erkenntnisse über Wackersdorf: Eine unwirtschaftliche „Demonstrationsanlage“?

Seite 3

Heinz O. Vetter MdEP fordert die gemeinsame Bewältigung der Umweltprobleme durch Ost und West: Unseren Kindern eine Erde hinterlassen, auf der man leben kann.

Seite 4

Dokumentation

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages Heinz Westphal sprach am Sonntag bei der Gedenkfeier zum 20. Juli 1944 in Berlin. Wir veröffentlichen seine Rede in zwei Teilen.

Seite 5

41. Jahrgang / 135

21. Juli 1988

Assoziationsrat EG-Türkei absagen!

Ecevits Schicksal ist Prüfstein für Kohls Glaubwürdigkeit

Von Gerd Walter MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Man kann nur noch als Zynismus bezeichnen, was sich die Machthaber in der Türkei erlauben. Erneut haben sie den früheren Ministerpräsidenten Bülent Ecevit auf die Anklagebank gezwungen. Dabei ist es kaum 14 Tage her, daß Gremien des Europarats in der Türkei tagten, um die Schritte in Richtung Wiederherstellung der demokratischen Ordnung anzuerkennen.

Es gab in den türkischen Medien viele schöne Berichte über das Ansehen, das das Regime nun wieder in Europa besitze. Herr Özal, so der Wunsch des deutschen Außenministers Genscher, soll mit solchen Schauveranstaltungen hoffähig und damit kreditwürdig gemacht werden. Ich fürchte um das Ansehen der deutschen Außenpolitik und der EG, wenn Herr Genscher und seine EG- und NATO-Kollegen sich das bieten lassen, was Özal mit seinem Amtsvorgänger Ecevit veranstaltet.

Bülent Ecevit wird vorgeworfen, gegen das Verbot der politischen Betätigung verstoßen zu haben, das ihn noch bis 1992 mundtot machen soll. Es ist jetzt das vierte Mal, daß ihm der Prozeß gemacht werden soll. Zwei früheren Verurteilungen folgte monatelange Haft. Die ihn freilich nicht brachen: Am 18. Mai sprach er auf der Gründerversammlung der „Demokratischen Linkspartei“, die von seiner Frau Rahsan Ecevit geführt wird. Er beharrte, so erklärte er selbst, auf dem „Recht gegen Verbote zu sprechen, zu schreiben und zu denken“; dieses Recht sei von den Herrschenden nicht einschränkbar.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fremdvertrieb: Dingsamer
und verwandte: Bonhoff
Kretschmer-Panzer



Dieser Prozeß findet unter dem Dach der westlichen Wertegemeinschaft statt. Sie läßt es zu, daß ihre Werte - also die politischen Grundrechte - mit den Füßen getreten werden. Diese Prinzipien werden, wenn die NATO-Verbündeten weiter schweigen, beliebig gemacht nach dem Motto „Wir können die bürgerlichen Freiheiten gewähren; wir müssen es aber nicht.“

In zwei Monaten, am 16. September, soll erstmals seit dem Militärputsch wieder der Assoziationsausschuß EG-Türkei auf Ministerienebene tagen. Es ist nicht auszuschließen, daß Bülent Ecevit gewissermaßen als Garnierung dieses „Normalisierungs-Festes“ wieder drei Jahre ins Gefängnis muß. Während also ein honorierter Politiker vor Gericht steht, weil er für sich in Anspruch genommen hat, wo für unser Bündnis eigentlich stehen sollte, bereitet das deutsche Außenministerium die Mittel vor, mit denen den Putschisten und ihren Erben ihr Werk vergoldet werden soll. Das darf nicht wahr sein.

Genscher würde seiner und unserer Glaubwürdigkeit dienen, wenn er das September-Treffen unter diesen Umständen absagte. Für die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament ist die Solidarität der Demokraten keine leere Worthülse. Wir erwarten deshalb, daß die Europäische Gemeinschaft weitere Erniedrigungen des Demokraten Ecevit nicht zuläßt.

Dies alles geschieht in einer Zeit, da in der Bundesrepublik der Widerstandskämpfer des 20. Juli gedacht, das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli (und ich hoffe auch der tausenden anderen, die vorher schon ermordet wurden) beschworen wird. So gut er es konnte, hat es auch Bundeskanzler Kohl versucht. Seine Ermahnungen werden unglaubwürdig, wenn er und seine Regierung sich nicht dort energisch für die Wahrung demokratischer Prinzipien einsetzen, wo angebliche Freunde das Sagen haben, aber gleichwohl angesehene Demokraten verfolgen. (-/21.7.1986/rs/ks)

* * *

Wackersdorf - eine unwirtschaftliche „Demonstrationsanlage“?

Neue Erkenntnisse über die Wiederaufarbeitungsanlage

Von Dietmar Franzke MdL

Beim Wackersdorfer Typ der Wiederaufarbeitungsanlage handelt es sich um eine Demonstrationsanlage, die gar nicht auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet ist. Diese neue Einschätzung gab Dr. Jochen Holzer, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerke, von sich. In einem Brief an den bayerischen Wirtschaftsminister habe ich daher angefragt, ob sich diese Anlage dann überhaupt „rentiert“, ob mit der Versuchsanlage in Karlsruhe nicht schon genug demonstriert ist und ob die WAA Wackersdorf das gleiche Schicksal wie das Demonstrationskraftwerk Niederaichbach erleiden wird.

In einer „geschlossenen Konsultation“ der Evangelischen Akademie in Tutzing Mitte Mai hatten Gegner und Befürworter der Wiederaufarbeitungsanlage diskutiert. Darüber ist soeben in den „Tutzingen Blättern“ ein Bericht erschienen, in dem folgender Text festgehalten ist:

„Überraschender Auftakt war - wenigstens für den interessierten Laien - die Feststellung der Experten, daß die WAA ‚kein Geschäft‘ sei, wie es Dr. Jochen Holzer von den Bayernwerken formulierte. Beim Wackersdorfer Typ handle es sich um eine Demonstrationsanlage, die gar nicht auf Wirtschaftlichkeit angelegt sei. Eine WAA müsse doppelt so viele Tonnen radioaktives Material verarbeiten, um schwarze Zahlen schreiben zu können.“

Überraschend kommen diese Erkenntnisse auch für mich. Ich habe deshalb an den bayerischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann geschrieben, um ihn zu einer Stellungnahme zu bewegen. Denn die finanziellen Auswirkungen einer Demonstrationsanlage auf Staat und Steuerzahler haben ganz andere Dimensionen als eine wirtschaftlich arbeitende Anlage. Ich will nun wissen, in welcher Höhe Zuschüsse für den Bau der WAA durch Land und Bund gegeben werden - auch in Relation zu den Zuschüssen, wie sie bei einem normalen Gewerbe- oder Industriebetrieb etwa über Strukturprogramme bezahlt würden.

Ernsthaft prüfen soll Minister Jaumann aber auch, ob es sich für eine unwirtschaftliche Demonstrationsanlage überhaupt „rentiert“, die Konflikte mit der Bevölkerung und den damit verbundenen Vertrauensschwund der Bürger in den Staat in Kauf zu nehmen. Ich kann auch nicht den Sinn erkennen, was denn hier „demonstriert“ werden soll: Solche Erkenntnisse hätte man doch auch aus der Versuchsanlage in Karlsruhe gewinnen können. Oder will die bayerische Staatsregierung ihre Durchsetzungsfähigkeit gegen die Mehrheit der Bürger demonstrieren?

Der Minister sollte aber auch an die schlechten Erfahrungen mit anderen Demonstrationsanlagen Bayerns im kerntechnischen Bereich denken. Ist für die Demonstrationsanlage WAA nicht derselbe Weg wie für die damalige Demonstrationsanlage Kernkraftwerk Niederaichbach mit einer insgesamt nur 18 Tage dauernden Betriebszeit vorgezeichnet?

Was aber passiert, wenn die Bayernwerk AG und die anderen Energieversorgungsunternehmen, die über die DWK die Wiederaufarbeitungsanlage bauen, plötzlich feststellen, sie hätten doch lieber eine wirtschaftlich arbeitende WAA? Immerhin war die WAA für einen Jahresdurchsatz von 350 Tonnen vorgesehen. Die ersten Genehmigungen laufen aber jetzt schon für eine Größe von 500 bis 700 Jahrestonnen. Tatsächlich deuten aber verschiedene Ausmessungen in den Antragsunterlagen - aber auch die beabsichtigten Änderungen im Strahlenschutzrecht - darauf hin, daß an diesem Standort auch eine 1.400 Jahrestonnen-Anlage möglich wäre. Die Staatsregierung bestreitet zwar nach wie vor eine beabsichtigte Vergrößerung der WAA. Was geschieht aber dann, wenn die Wiederaufarbeitungsanlage wirtschaftlich arbeiten soll? Man kann sicher sein, daß sich die CSU und die Staatsregierung auch diesem atomaren „Sachzwang“ beugen werden.

(-/21.7.1986/rs/ks)

Ost und West müssen Umweltprobleme gemeinsam bewältigen

Wir müssen unseren Kindern und Enkeln eine Erde hinterlassen, auf der man leben und sich freuen kann

Von Heinz O. Vetter MdEP

Begreiflicherweise findet in der Europäischen Gemeinschaft eine Diskussion statt, wie für die Zukunft unsere Energieversorgung gesichert werden kann. Die Diskussionen werden selbstverständlich nicht frei von tiefgehenden Gefühlen geführt. Dazu ist die Betroffenheit und die direkte Erlebbarkeit viel zu groß. Nach den bisherigen energiepolitischen Zielen der Europäischen Gemeinschaft sollte der Anteil der Kernenergie von 31 Prozent auf 40 Prozent erhöht werden. Die ersten Diskussionen im Europäischen Parlament haben gezeigt, daß eine beachtliche Mehrheit der Abgeordneten die bisherigen Zielsetzungen immer noch für vertretbar hält. Dem gegenüber ist die Sozialistische Fraktion mit überwiegender Mehrheit ein konsequenter Vorreiter für den Ausstieg aus der Kernkraftenergie mit entsprechenden Forderungen an die installierende Industrie.

Auch, wenn das Europäische Parlament zur Zeit noch keineswegs die kontrollierende und verändernde Gesetzgebungskompetenz hat wie die nationalen Parlamente, so bemühen wir uns, die Gesundheitsschutzbestimmungen, wie sie in dem Vertrag der Europäischen Atomgemeinschaft niedergeschrieben wurden, auch im Hinblick auf die durch Tschernobyl eingetretene Lage voll auszuschöpfen.

Das Jahr 1987 soll das europäische Jahr des Umweltschutzes werden. Damit soll die Öffentlichkeit für die Probleme des Umweltschutzes sensibilisiert werden. Wir hoffen selbstverständlich auch, daß das Entscheidungsgremium der Europäischen Gemeinschaft, der Ministerrat, dann ebenfalls unverzüglich Sofortmaßnahmen ergreifen wird, um der weiteren Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten. Wünschenswerter wäre natürlich, wenn alle Staaten dieser Welt 1987 zum Umweltjahr erklären würden. Die Probleme in West und Ost, Nord und Süd sind nämlich die gleichen.

Die Umweltbelastung der Luft in der Tschechoslowakei soll bereits so weit fortgeschritten sein, daß erhebliche Einschränkungen bei der Arbeitsproduktivität zu verzeichnen sind. Auch die DDR, die inzwischen zu einem der Hauptabnahmeländer für gefährliche Abfälle aus der EG geworden ist - circa 50 Prozent aller gefährlichen Abfälle, die in der EG anfallen, werden in die DDR verbracht - sitzt auf einer tickenden Zeitbombe. Bekannt sind die Probleme in der UdSSR, wie zum Beispiel der aufgetretene Wassermangel in Gebieten wie dem Ural, den Donnezbecken und in Turkmenistan, in denen normalerweise beträchtliche Wasservorräte vorhanden sind. Und ich glaube auch, daß die sowjetische Bevölkerung sensibler geworden ist gegenüber Umweltproblemen, wie das Beispiel auf der Insel Krim zeigt, wo Touristen und Anlieger gegenüber der Pflanzenmittelindustrie Protest anmelden.

Die Sowjetunion hat beträchtliches Forschungspotential eingesetzt, um der entstehenden Umweltproblemen Herr zu werden. Das Projekt Ökopolis an der Moskauer Universität kann Ergebnisse vorweisen, die international anerkannt sind. Auch bei uns gibt es hervorragende Forschungsinstitute, die sich vielleicht auf ähnlichen Gebieten den Kopf zerbrechen wie ihre Moskauer Kollegen. Die Europäische Gemeinschaft hat zum Beispiel ein europäisches Umweltbüro eingerichtet, das die Vertretung von circa 60 Umweltschutzorganisationen der zwölf Mitgliedsstaaten gewährleistet. Eine gute Grundlage, um die Verzahnung von Umweltverbänden und den Regierungen herzustellen.

Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Umweltbereich kann somit zwischen Regierungsstellen und staatlich unabhängigen Umweltschutzverbänden stattfinden. Beide Seiten können sich dabei auf ein gemeinschaftsweites Informationssystem über Umweltdaten (CORINE) stützen, das jederzeit über den Zustand der Umwelt Auskunft gibt und aus denen sich Tendenzen ablesen lassen, welche weiteren Maßnahmen notwendig sind.

Es gibt heute bereits Anzeichen, daß sich das Bewußtsein der Menschen in mancher Hinsicht ändert, daß die Regierungen die Notwendigkeit einer vorbeugenden Umweltpolitik anerkennen. Somit ist die Problemlage jedem klar. Jetzt kommt es darauf an, daß die Staaten aufeinander zugehen und sich Gedanken machen, wie unsere Erde auch noch in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten erhalten werden kann. Das ist die Pflicht eines jeden von uns, unseren Kindern eine Umwelt zu hinterlassen, in der man leben und an der man sich freuen kann.

(-/21.7.1986/rs/ks)



DOKUMENTATION**Heinz Westphal: Die Erinnerung fruchtbar machen, die Unruhe weitertragen (Teil I)**

Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, hielt bei der Gedenkfeier, die Bundesregierung und Berliner Senat gemeinsam mit der Stiftung „Hilfswerk 20. Juli 1944“, dem Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. und der Union Deutscher Widerstandskämpfer und Verfolgtenverbände e.V. anlässlich des 42. Jahrestages des 20. Juli 1944 im Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin durchführten, eine Rede, die wir in zwei Teilen dokumentieren.

Als im Juni oder Juli 1933 meine Mutter mit meiner Schwester und mir - ich war damals neun Jahre alt - in einem weiten Bogen um die Außenmauer des großen Backsteinblocks des Spandauer Gefängnisses liefen, machten wir unseren Weg in der vergeblichen Hoffnung, hinter einem der zahllosen vergitterten Zellenfenster ein Winken, ein Zeichen des dort mit wohl 500 anderen Hitler-Gegnern eingesperrten Vaters entdecken zu können. Zu diesem Zeitpunkt im Sommer 1933 waren zahlreiche andere Gegner des Nationalsozialismus bereits tot. Es waren vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten, die den Kampf gegen Hitler schon geführt hatten, als dessen Machtübernahme noch zu verhindern gewesen wäre.

Manche von ihnen waren auf brutale, bestialische Art durch die Horden der SA oder in den Kellern der Gestapo umgebracht worden. Nicht ohne Grund hatte Otto Wels seine mutige Rede an dem wohl dunkelsten Tag der deutschen Parlamentsgeschichte am 23. März 1933 geschlossen mit den Worten: „Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten, wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdient Bewunderung...“. Das Protokoll verzeichnet hier Lachen bei den Nationalsozialisten. Und wir wissen doch, meine Damen und Herren, daß an diesem Tag, an dem das Ermächtigungsgesetz beschlossen wurde, der KPD bereits ihre 81 Reichstagsmandate aberkannt worden waren und von den 120 Abgeordneten der Sozialdemokraten nur 94 gegen das Gesetz stimmen konnten, weil andere schon eingesperrt, geflohen oder wie Julius Leber und Karl Severing auf dem Weg zum Reichstag verhaftet worden waren.

Die Arbeiterbewegung setzte jedoch den Widerstand fort. Aus einer Reihe von Organisationen wie den christlichen und sozialistischen Gewerkschaften, dem Arbeitersportbund und dem Reichsbanner hatten sich Untergrundorganisationen gebildet. Junge Leute formierten sich in der Gruppe „Neu beginnen“, darunter Richard Löwenthal und Fritz Erler. Die jungen Linken waren enttäuscht von ihren Partei- oder Gewerkschaftsführungen, die ihnen im Widerstand gegen die anbrandende Naziflut nicht konsequent genug waren. Sie wollten wirksameren Widerstand leisten und setzten hierfür ihr Leben ein. Einige von ihnen, die überleben konnten, haben zehn und zwölf Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zubringen müssen bis das Regime in der Asche des von ihm herbeigeführten Zweiten Weltkrieges versank.

Der Widerstand nach 1933 war vielfältig. Es gehörte dazu die bittere Anklage und die politische Aufklärung über die Zustände im Dritten Reich durch die früh ins Exil getriebene geistige Elite unseres Landes, die alle Richtungen des demokratischen Spektrums repräsentierte. In der protestantischen Kirche bot die Barmer Synode von 1934 die theologische Grundlage für den Kampf gegen Hitler. Nicht viele hörten dieses Zeichen, obwohl ein Mann wie Dietrich Bonhoeffer schon zu dieser Zeit erkannt hatte, daß die Kirche sich nicht nur um die Opfer unter dem Rad zu kümmern habe, sondern dem Rad selbst in die Speichen fallen müsse. In der katholischen Kirche war es ebenfalls nur eine Minderheit tapferer Geistlicher, wie zum Beispiel der Bischof von Münster, Graf von Galen, die durch Tat und Wort den Nationalsozialismus bekämpften.

Doch blieben die Kirchen lange stumm, selbst dann, als am 8. November 1938 das erste große Pogrom gegen die jüdischen Mitbürger im ganzen Reich ihren Widerstand unabweisbar erforderlich machte. Die nach dem Kriege formulierten Schuldbekennnisse zeugen hiervon. Wie jedoch glaubensstarke Christen beider Konfessionen mutig Zeugnis ihres Widerstandes abgelegt haben, so hat es auch im bürgerlichen Lager Beamte und Diplomaten gegeben, die Konsequenzen zogen, die sie und ihre Familien hart trafen. Dennoch schieden sie aus ihren Ämtern, weil sie eine Tätigkeit für diesen von der Nazi-Diktatur okkupierten Staat mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnten. Mit tiefer Beschämung denke ich an diejenigen, die noch ihren Peinigern furchtlos widerstanden, als sie schon eingesperrt waren in KZ's, oder an die jüdischen Mitbürger, die - ohnmächtig, Widerstand zu leisten - in die Massenvernichtungslager abtransportiert wurden.



Ausgelöst durch die Planung eines Angriffskrieges, durch den Überfall auf Polen, ausgelöst durch das Erkennen und Miterleben des militärischen Großenwahns, durch die furchtbaren Handlungen im Hinterland der Fronten aufgrund verbrecherischer Befehle, zu deren Durchführung sich Soldaten mißbraucht sahen, wuchsen dem Widerstand andere Personalkreise und neue Gruppen zu. Generaloberst Beck, der Kreisauer Kreis und andere sind hier zu nennen.

Aber eigentlich waren es in allen sich bildenden Gruppen des Widerstandes vornehmlich jüngere Menschen, die sich aktiv beteiligten und hervortaten. Auch Widerstand von Jugendlichen und ihren eigenen Gruppen gab es von Anfang an und immer wieder, meist als Aufbegehren gegen den Zwang und die militaristischen Formen des Dienstes in der Staatsjugendorganisation. Das bis heute leuchtende Beispiel des Widerstandes junger Deutscher wurden die Aktionen der Geschwister Scholl und der Münchener Studenten um Professor Huber.

Es ist des Nachdenkens wert, daß fast alle bisher genannten Gruppen Wege und Methoden des Widerstandes wählten, mit denen sie sich aufklärend über die Schandtaten des Regimes an das Volk wandten. Protest und Aufklärung mit Flugblättern, Informationen über das Unrecht und Denkschriften mit zukunftsweisenden Plänen sollten zu demokratischem Bewußtsein führen.

Die, die zur Demokratie zurückwollten, wählten die Mittel, die ihrem politischen Ziel gemäß waren und die doch so chancenlos waren gegen die funktionierende Maschinerie des Unrechtsstaates.

Erst besondere Widerstandsgruppen, die mit Akten der Sabotage den in seiner Wirkung gegen das eigene Volk gerichteten Krieg verkürzen wollten, griffen zu anderen Mitteln des Kampfes. Und erst die in der zeitlichen Folge letzte Gruppierung des Widerstandes, getragen von Offizieren, die planmäßig das Zusammenwirken mit den führenden Köpfen aller demokratischen Lager der inneren Emigration suchten, zog ins Kalkül, den Tyrannen selbst zu beseitigen, den Kopf des Verbrechens abzuschlagen. Nur auf diese Weise erschien es möglich, dem Leiden der Völker durch den Krieg und dem Holocaust ein Ende zu setzen, um dann einen Neuanfang wagen zu können.

Die inzwischen aufgearbeitete und dokumentierte Geschichte der zwölf Jahre von Hitlers Machtergreifung bis zu seinem Selbstmord, mit dem er sich der Verantwortung entzog, zeigt, daß Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen beteiligte an Gruppierungen und Aktionen des Widerstandes waren. Keine war erfolgreich. Auch der späte Ansatz derjenigen, die erkannten, daß ihr Treueeid auf infame Weise mißbraucht wurde, mißlang.

Wir gedenken heute dieser mutigen Menschen, durch deren Tat und Opfer am 20. Juli 1944 der Widerstand gegen Hitler für das eigene Volk sichtbar geworden ist. Wir müssen bekennen, daß diese herausragende Aktion des deutschen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime kein Signal für die Erhebung der Massen gegen den Verführer und Unterdrücker wurde.

Sie wurde kein Signal, obwohl die meisten zu dieser Zeit an der militärischen Niederlage nicht mehr zweifelten und obwohl nur noch die nutznießenden Funktionsträger des Systems, die Schergen der SS und ein Teil der in ihrem Idealismus aufs Schlimmste getäuschten und mißbrauchten Jugend zu diesem „Führer“ standen.

Ich erinnere mich noch an das eigene Erleben dieses Tages. Zusammen mit vielen Gleichaltrigen war ich als zwanzigjähriger Soldat zu dieser Zeit in einer Ausbildungskaserne. Es gab kein offenes Sprechen über die durch den Rundfunk gemeldeten Ereignisse um das Attentat auf Hitler. Es gab weder Jubel oder Erleichterung, weil das Attentat erfolglos war, noch gab es spontane Reaktionen der Enttäuschung. Andererseits war die Gefährdung, die eine freimütige Äußerung für den Einzelnen bedeutete, sehr vielen dieser Zwanzigjährigen durchaus bewußt. Die Mechanismen des totalen Staates funktionierten bis zum bitteren Ende.

Erst auf dem Rückmarsch in Ostpreußen im Januar 1945 habe ich erstmals von einem Kameraden mir gegenüber den Satz gehört: „Vielleicht wäre es doch besser gewesen, wenn das Attentat am 20. Juli erfolgreich gewesen wäre.“ Nur tiefe persönliche Betroffenheit löste damals diese Bemerkung aus, denn ein gemeinsamer Freund war wenige Stunden vorher gefallen. Und was dachte ich selbst an diesem 20. Juli des Jahres 1944? (-/21.7.1986/rs/ks)

(Teil II und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

